

MORNING NEWS

31. August 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	26.569,99	202,75	0,77	26.367,24	DJ 30	53.559,99	-9,45	-0,02	53.569,44
MDAX	33.029,91	82,63	0,25	32.947,28	NASDAQ	29.433,43	-208,13	-0,70	29.641,56
TEC DAX	4.106,72	42,12	1,04	4.064,60	Nikkei 225	66.005,77	-399,79	-0,60	66.405,56
Euro Stoxx50	6.485,67	60,94	0,95	6.424,73	Hang Seng	25.402,36	-182,43	-0,71	25.584,79
Bund Future	123,55	-0,11	-0,09	123,66	Euro / US-\$	1,1591	0,00	0,05	1,1585
Gold in US-\$	4.420,42	-34,69	-0,78	4.455,11	Öl (Brent) US-\$	90,24	2,14	2,43	88,10
Bitcoin / US-\$	77.631,70	-958,64	-1,22	78.590,34	Ethereum / US-\$	2.418,08	-72,66	-2,92	2.490,76

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	26.494	-75
NASDAQ Future	29.379,00	-112,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	191,14	-0,18	-0,00	191,32	221,54	2.318.022,00
Nokia OJ	8,81	-0,23	-0,03	9,04	10,21	59.866.256,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	VPI (m/m), vorab	August	14:00	0,3% (0,8%)
D	VPI (y/y), vorab	August	14:00	3,0% (2,8%)
D	VPI – EU harmonisiert (m/m), vorab	August	14:00	0,3% (0,9%)
D	VPI – EU harmonisiert (y/y), vorab	August	14:00	3,1% (2,8%)
USA	Dallas Fed Verarbeitende Industrie	August	16:30	1,6 (1,3)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,08 (1,08)	10-jährige Bonds	-0,422	4,72%
Volumen NASDAQ	8,44 (7,42)	30-jährige Bonds	-0,281	5,21%

()=Vortag

Die **jüngsten Aussagen von US-Notenbankchef** Kevin Warsh haben die US-Börsen zum Wochenschluss ausgebremst. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss am Freitag nahezu unverändert bei 53.560 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 gab 0,2 Prozent auf 7712 Stellen nach und der Index der Technologiebörse Nasdaq büßte 0,5 Prozent auf 26.402 Zähler ein.

Sollte die **Inflation** nicht schnell genug auf den Zielwert von zwei Prozent zusteuern, "haben wir Arbeit vor uns", sagte Warsh bei der Notenbankkonferenz in Jackson Hole und trübte damit die Stimmung am US-Aktienmarkt. "Der Markt reagiert deshalb so verhalten, weil Warsh unmissverständlich klarmacht, dass er am Zwei-Prozent-Ziel nicht rütteln

lässt", sagte Mark Hackett, Chef-Anlagestrategie beim Finanzdienstleister Nationwide. "Er bestätigt seinen strengen Kurs, aber das ist eher ein Zeichen von Konsequenz als einer weiteren Verschärfung."

Dennoch führte die Rede Warshs dazu, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Zinsanhebung im September an den Terminmärkten nun auf fast 50 Prozent eingeschätzt wird. Zuvor hatte sie als unwahrscheinlich gegolten. Dies stützte den **Dollar-Index**, der um ein halbes Prozent auf 99,664 zulegte. Der Euro verlor im Gegenzug genauso viel auf 1,1580 Dollar. Zuletzt war die US-Währung ins Hintertreffen geraten, da US-Finanzminister Scott Bessent angekündigt hatte, den Rückkauf längerfristiger Anleihen auszuweiten, um den jüngsten Renditeanstieg am Bondmarkt zu bremsen. Anleger fürchten, dass Maßnahmen zur Senkung der Kreditkosten den Dollar entwerten könnten. Auf Monatssicht hat der Dollar-Index trotz des Gewinns am Freitag knapp ein halbes Prozent eingebüßt.

In der neuen Woche rückt nun der **US-Arbeitsmarktbericht** für August in den Fokus, der am Mittwoch ansteht. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Experten rechnen mit dem Aufbau von 58.000 Stellen und einer Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent. Im Juli war die Beschäftigung überraschend um 23.000 Stellen gesunken. "Da wir uns der Fed-Sitzung im September nähern, wird jeder Datenpunkt unter die Lupe genommen, da er Aufschluss darüber geben könnte, was die Fed letztendlich tut", sagte Michael Reynolds, Anlagestrategie beim Vermögensverwalter Glenmede. Ein starker Bericht mit einem deutlichen Beschäftigungsaufbau und starkem Lohnwachstum könnte die Wetten auf eine Zinserhöhung weiter anheizen.

Am **Ölmarkt** gingen die Preise angesichts der **unklaren Situation in Nahost** auf Richtungssuche. Das Nordseeöl **Brent** und das US-Öl **WTI** verbilligten sich leicht auf 89,31 und 83,40 Dollar je Fass (159 Liter). Am Donnerstag waren sie um rund zwei Prozent gestiegen, nachdem US-Präsident Donald Trump einer neuen Runde von Gesprächen mit dem Iran eine Absage erteilt hatte.

Zugleich gaben die Chipwerte nach einer von den Nvidia-Zahlen ausgelösten Rally in der vorangegangenen Sitzung nach. Die Aktien von **Nvidia**, **Intel** und **Micron** büßten zwischen rund 0,3 und 4,5 Prozent ein. **Marvell** verlor nach negativ aufgenommenen Zahlen zehn Prozent. "Bei den Chip-Unternehmen suchen die Anleger dringend nach einem neuen Katalysator", sagte Mike Reynolds, Chefstrategie beim Vermögensverwalter Glenmede. "Die Märkte haben verstanden, wie der Einsatz von Rechenzentren zu möglicherweise höheren Umsätzen führen wird. Aber die Frage ist: Was kommt danach? Darauf gibt es bislang keine klare Antwort."

Bei den Einzelwerten außerhalb des Chipsektors stürzten die Aktien von **PayPal** um fast 13 Prozent ab. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, dass ein Konsortium aus dem Finanzinvestor Advent und dem Zahlungsabwickler Stripe seine Übernahmepläne für das Unternehmen aufgegeben habe.

Die Ernennung eines neuen Chefs für die Marke Old Navy gab den Aktien des US-Modekonzerns **Gap** indes Rückenwind. Die Titel sprangen an der Wall Street um rund 13 Prozent nach oben. Anleger setzen darauf, dass der Branchenveteran Michael Francis die schwächelnde Kette wieder auf Kurs bringen kann. Old Navy ist die größte und wichtigste Marke des Konzerns, kämpfte aber zuletzt mit Problemen, insbesondere bei der Damenbekleidung.

Für Gesprächsstoff sorgte auch das fulminante Börsendebüt der in den USA notierten Aktien des französischen Quantencomputer-**Spezialisten** Pasqal. Die Titel des von Physik-Nobelpreisträger Alain Aspect mitgegründeten Unternehmens gewannen 95 Prozent.

US Unternehmen

Der US-Autobauer **General Motors** will laut einer vorläufigen Vereinbarung mit der Gewerkschaft Unifor 1,1 Milliarden kanadische Dollar (791,31 Millionen US-Dollar) in den **kanadischen Automobilsektor** investieren. Dies geht aus einem am Samstag veröffentlichten Verhandlungsbericht der Gewerkschaft hervor. Ein Teil des Geldes soll in die Montage eines schweren Pickups in einem Werk in Ontario fließen (Reuters).

Das US-Rüstungsunternehmen **Covenant** will Insidern zufolge ab 2027 in der Nähe von **Leipzig** die Produktion von **Mittelstrecken-Flugkörpern** starten. Sie sollen eine Reichweite von über 1500 Kilometern haben, wie die Nachrichtenagentur Reuters von mit der Angelegenheit vertrauten Personen erfuhr. Eine Jahresproduktion von bis zu 1000 Stück sei möglich. Obwohl es eine US-Firma ist, sollen Zulieferungen von Komponenten überwiegend aus Deutschland und Europa kommen (Reuters).

Der US-Einzelhandelsriese **Walmart** hat sich mit der **US-Regierung** in einer Klage im Zusammenhang mit der Opioid-Krise auf eine **Zahlung von 50 Millionen Dollar** geeinigt. Dies teilte das Justizministerium am Freitag mit. Dem größten Einzelhändler des Landes war vorgeworfen worden, die landesweite Opioid-Epidemie durch die unrechtmäßige Abgabe von Rezepten in seinen Apotheken befeuert zu haben (Reuters).

In den USA finden Nutzer des Online-Landkartendienstes **Google Maps** den kanadisch-US-amerikanischen Grenzsee **"Lake Ontario"** künftig unter dem Namen **"Lake America"**. Grund ist die von US-Präsident Donald Trump kürzlich per Dekret veranlasste Umbenennung des Gewässers im Zuge des eskalierten Zollstreits mit dem Nachbarn Kanada. GoogleGOOGL.O verwies darauf, dass sich der Schritt im offiziellen geografischen Namensregister der USA (GNIS) niederschlägt. Da Google Maps darauf basierend aktualisiert werde, bedeute dies für Nutzer in den USA, dass der Ontariosee dort künftig als "Lake America" ausgewiesen werde. Nutzern in Kanada werde aber weiterhin der Name "Lake Ontario" angezeigt (Reuters).

Marktmeldungen

In **Großbritannien** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Kanzler Friedrich Merz hat Überlegungen in seiner Partei widersprochen, das **Ziel des Kohleausstiegs 2038** infrage zu stellen. "2038 ist eine gesetzliche Vereinbarung, die steht im Bundesgesetzblatt und natürlich versuchen wir das zu erreichen", sagte der CDU-Vorsitzende am Sonntag im *ARD-Sommerinterview*. Über eine Verschiebung des Ziels müsse man jetzt nicht diskutieren. "Wir haben zwölf Jahre Zeit, um dieses Ziel zu erreichen, aber bis dahin müssen die Ersatzkraftwerke stehen." Zuvor hatte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Sepp Müller den Kohleausstieg infrage gestellt. Hintergrund sind hohe Gaspreise sowie Zweifel, ob Gaskraftwerke rechtzeitig als Ersatz für Kohleleimer fertiggestellt werden können. Merz betonte, dass man auch die erneuerbaren Energien weiter ausbaue.

Ein Sieg der AfD bei der **Landtagswahl in Sachsen-Anhalt** würde dem Bundesland nach den Worten von **Bundeskanzler** Friedrich Merz (CDU) erheblich schaden. "Wenn das so kommt, (...) dann wird dieses Bundesland erhebliche Probleme bekommen", sagte Merz am Sonntag im *ARD-Sommerinterview*. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass noch internationale Investoren mit einem AfD-Ministerpräsidenten zu einem Spatenstich kommen, um neue Werke zu gründen und neue Unternehmen in Sachsen-Anhalt anzusiedeln." Aber die Entscheidung müssten die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt selbst treffen.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat nach dem **jüngsten Drohnenangriff auf den Flughafen Leipzig** eine baldige und mit den internationalen Partnern **abgestimmte Reaktion auf hybride Bedrohungen Russlands** angekündigt. Die Ermittlungen stünden kurz vor dem Abschluss, sagte der CDU-Politiker am Sonntag im *ARD-Sommerinterview*. "Wir haben eine weitgehende Einigung in der Bundesregierung, wie wir reagieren, und das werden wir in den nächsten Tagen auch klar zum Ausdruck bringen", kündigte Merz an. Auf die Frage, ob Deutschland überhaupt angemessen reagieren könne, falls Russland hinter dem Angriff stecke, sagte Merz: "Warten wir mal ab, was angemessen reagieren heißt." Die Reaktion werde zwar von deutscher Seite erfolgen, sei aber mit der Europäischen Union und den Nato-Partnern abgestimmt, betonte der Kanzler. "Die Partner in der Europäischen Union und in der Nato werden davon nicht überrascht sein."

Der **Kreml** sieht nach Angaben seines Sprechers Dmitri Peskow **keine Aussicht auf verbesserte Beziehungen zur Europäischen Union**. Europa treffe Aussagen, die darauf hindeuteten, dass es Russland als "Gegner und sogar als Feind" betrachte. Auf welche Äußerungen sich Peskow genau bezieht, bleibt zunächst unklar. Die derzeitigen EU-Politiker verhielten sich Russland gegenüber konfrontativ, "nicht nur in Worten, sondern auch in Taten", fügt er hinzu. "Sie

mobilisieren die militärischen Fähigkeiten Europas und richten sie gegen unser Land, während sie sich direkt an Feindseligkeiten gegen uns beteiligen." (Reuters).

Die **Nato** sieht nach Angaben eines ranghohen Vertreters des Militärbündnisses derzeit keine Gefahr eines **russischen Angriffs**. Zwar verstärke Russland seine **hybriden Aktionen in Europa**. Eine unmittelbare Gefahr eines Angriffs auf die Allianz sehe man derzeit jedoch nicht. Die Nato bleibe aber wachsam. Sie stehe weiterhin an der Seite der Ukraine und arbeite rund um die Uhr daran, die Sicherheit von einer Milliarde Menschen zu gewährleisten. Russland hat wiederholt Vorwürfe zurückgewiesen, dass es Sabotage betreibe. Im Fokus steht derzeit insbesondere ein Anschlagversuch auf dem Leipziger Flughafen. Einem Medienbericht zufolge plant die Bundesregierung, Russland dafür verantwortlich zu machen (Reuters).

Russland betrachtet die **Aktivitäten der Nato** in der **Arktis** nach Angaben von Außenminister Sergej Lawrow als **direkte Bedrohung** für seine Sicherheit. Moskau stuft militärische Übungen der Nato in dem Gebiet als aggressiv ein, erklärt der langjährige Außenminister von Präsident Wladimir Putin in einem vom russischen Außenministerium veröffentlichten Artikel. "Eine derartige militärische Aktivität im Hohen Norden stellt eine direkte Bedrohung für die Sicherheit Russlands dar. Die Risiken von Zwischenfällen, die eine bewaffnete Konfrontation mit potenziell katastrophalen Folgen auslösen könnten, nehmen zu", sagt er (Reuters).

Nach den **tödlichen Schüssen auf einer Techno-Party** in der Schweizer Stadt **Aarau** schließen die Behörden einen terroristischen Hintergrund nicht aus. Der oder die Täter sind den Angaben zufolge noch auf der Flucht. Durch die Schüsse am frühen Sonntagmorgen waren den Angaben zufolge eine 22-Jährige getötet und fünf weitere Menschen verletzt worden. Nach Angaben des Außenministeriums in Rom handelt es sich bei der Toten um eine Italienerin. Alle Opfer sind den Behörden zufolge in den Zwanzigern und in der Schweiz wohnhaft. Wenn ein Schütze bei einer Veranstaltung in eine Menge von Tausenden Menschen feuere, sei es völlig klar, dass man Terrorismus als Motiv in Betracht ziehe, sagte Polizeikommandant Michael Leupold am Sonntagabend auf einer Pressekonferenz. Die Ermittler zögen zudem einen Amoklauf oder ein anderes kriminelles Motiv in Betracht. Man stuft alle drei Möglichkeiten als gleich wahrscheinlich ein (Reuters).

Die Menschen in **Island** haben sich in einem **Referendum gegen die Wiederaufnahme von Beitrittsverhandlungen** mit der **Europäischen Union** ausgesprochen. Bei der Abstimmung am Samstag votierten 52,8 Prozent der Wähler gegen den Vorschlag der Regierung, neue Gespräche mit Brüssel aufzunehmen, wie das amtliche Endergebnis am Sonntag zeigte. Für die Wiederaufnahme sprachen sich demnach 47,2 Prozent aus. Die Wahlbeteiligung in dem rund 400.000 Einwohner zählenden Inselstaat im Nordatlantik lag bei 82,5 Prozent. Nur in zwei Wahlkreisen im Zentrum der Hauptstadt Reykjavik gab es eine Mehrheit für den EU-Kurs, die ländlichen Regionen und die Vororte der Metropole stimmten dagegen.

Ministerpräsidentin Krístín Frostadóttir erklärte auf einer Pressekonferenz am Sonntag, Island werde sich nun darauf konzentrieren, seine bestehenden Beziehungen zur EU über das Abkommen zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu stärken, dem das Land neben Norwegen und Liechtenstein angehört. "Eine wichtige Erkenntnis für mich und auch für die Regierung ist, dass die Menschen mit dem EWR-Abkommen zufrieden sind", sagte sie (Reuters).

Das **US-Finanzministerium** plant nach den Worten von Scott Bessent **wöchentlich neue Sekundärsanktionen** gegen den **Iran**. Zunächst stünden Banken im Fokus, sagt Bessent der Nachrichtenagentur *Reuters*. Man werde den Geldhäusern klarmachen, dass es nicht in Ordnung sei, iranisches Geld zu verwalten und das Regime zu unterstützen. Der nächste Schritt könne sein, ein Institut vollständig vom dollarbasierten Finanzsystem abzuschneiden. Bessent will diese Botschaft auch beim anstehenden Treffen der G20-Finanzminister übermitteln: Wer die wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran nicht kappe, müsse mit Sekundärsanktionen rechnen.

Das **US-Militär** hat nach Angaben eines US-Insiders am Sonntag zwei **iranische Abschussrampen** auf der **iranischen Insel Larak** angegriffen. Dies sind die ersten bekannten us-amerikanischen Angriffe auf den Iran seit Ende Juli. "Ich kann bestätigen, dass US-Streitkräfte heute früh zwei iranische Abschussrampen auf der Insel Larak angegriffen haben", sagte eine Person aus dem Umfeld der US-Regierung. Zuvor sei beobachtet worden, wie Einheiten der Islamischen

Revolutionsgarde Vorbereitungen getroffen hätten, um Raketen mit Seeminen in die Straße von Hormus abzufeuern. Die iranischen Revolutionsgarden wurden in Staatsmedien mit den Worten zitiert, bei dem Angriff seien mehrere Soldaten und Zivilisten getötet und verwundet worden. Auf den Angriff würden "Reaktion und Bestrafung" folgen. Die halboffizielle iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete, die USA hätten die Insel mit Drohnen angegriffen (Reuters).

US-Präsident Donald Trump zufolge wird das **iranische Ölzentrum** auf der **Insel Chark** von den USA "in Stücke gerissen". In den sozialen Medien nennt er jedoch keine weiteren Details. Ein beigefügtes Video, das gewaltige Explosionen zeigt, ist einer Überprüfung der Nachrichtenagentur Reuters zufolge wahrscheinlich künstlich generiert (Reuters).

Die **iranische Armee** hat nach eigenen Angaben am frühen Morgen den **Luftwaffenstützpunkt Al-Minhad** in den **Vereinigten Arabischen Emiraten** (VAE) mit **Drohnen** angegriffen. Ziel seien Bereiche der Basis gewesen, in denen US-Truppen und Hubschrauber stationiert seien, berichtet das iranische Staatsfernsehen unter Berufung auf eine Mitteilung der Armee. Der Angriff sei eine Reaktion auf die Tötung von Mitgliedern der iranischen Revolutionsgarden und Zivilisten auf der Insel Larak, heißt es in der Erklärung weiter (Reuters).

Der **Iran** greift einem Bericht des US-Senders Fox News zufolge **US-Truppen in Jordanien** an. Bislang gebe es keine größeren Auswirkungen, schreibt ein Reporter des Senders auf der Plattform X unter Berufung auf einen US-Insider. Fast alle Raketen seien abgefangen worden (Reuters).

Irans oberster Führer Modschtaba Chamenei hat die muslimischen Staaten und insbesondere die Golfregion zur **Einigkeit gegen ihren "wahren Feind"** aufgerufen. Spaltungen unter den Muslimen dienten den Interessen ihrer Gegner, hieß es in einer am Sonntag veröffentlichten Botschaft. Der Text wurde anlässlich der islamischen Einheitswoche zum Geburtstag des Propheten Mohammed auf Chameneis Kanal auf dem Kurznachrichtendienst Telegram publiziert. Wer "wissentlich oder unwissentlich" Spaltungen herbeiführe, helfe den Feinden des Islams. Chamenei warf zudem die Frage auf, ob die Palästinenser "so hilflos" zurückgelassen worden wären, wenn die Muslime Einigkeit gezeigt hätten. "Meine nachdrückliche und wiederholte Empfehlung an die Herrscher islamischer Länder, insbesondere der Länder Westasiens und des Golfs, lautet, ihren wahren Feind zu identifizieren, seinen Plan zu verstehen und ihm entgegenzutreten", erklärte Chamenei offensichtlich mit Blick auf die USA und Israel (Reuters).

Die **Marine der iranischen Revolutionsgarden** weist US-Angaben zurück, wonach die **Straße von Hormus** geöffnet sei. Die Behauptungen der USA seien ein Versuch, die Ölpreise zu kontrollieren und eigene Misserfolge zu vertuschen, heißt es in einer Mitteilung der Revolutionsgarden. Die Einschränkungen an der Meerenge blieben demnach so lange bestehen, bis die US-Militäraktionen gegen den Iran beendet und entsprechende Verpflichtungen umgesetzt seien (Reuters).

In der **Straße von Hormus** ist erneut ein **Tanker angegriffen** worden. Das Schiff sei vor der Küste des Omans von einem unbekannten Geschoss getroffen worden, meldete die britische Behörde zur Sicherheit der Schifffahrt (UKMTO) am Abend auf der Plattform X. Den Angaben nach kam es bereits am Samstag zu dem Vorfall zwölf Seemeilen nördlich der Stadt al-Chasab (dpa/AFX).

Die **iranische Regierung** hat im Konflikt mit den USA angekündigt, trotz der neuen Wirtschaftssanktionen nicht nachzugeben. Der Iran werde sich auch von den **Verschwörungen der USA und Israels** nicht von seinem Kurs abbringen lassen, hieß es in einer von staatlichen Medien verbreiteten Erklärung der Führung in Teheran. Diplomatie und Verteidigung gehörten untrennbar zusammen, um die nationalen Interessen, die Sicherheit und die territoriale Integrität des Landes zu schützen. Die iranische Führung werde beide Wege gleichzeitig verfolgen. Zudem wolle sie sich darauf konzentrieren, die Inflation einzudämmen, Arbeitsplätze zu schaffen, die heimische Produktion zu fördern und die Abhängigkeit vom Dollar schrittweise zu verringern (Reuters).

Bei einem **israelischen Luftangriff** im **Gazastreifen** trotz geltender Waffenruhe sind palästinensischen Angaben zufolge ein Mann und ein dreijähriger Junge getötet worden. Zudem seien mehrere Menschen verletzt worden, teilten Vertreter

der Gesundheitsbehörden am Sonntag mit. Der Angriff habe sich nahe einer Bäckerei in Deir al-Balah im Zentrum des Küstenstreifens ereignet. Das israelische Militär erklärte, das Ziel des Angriffs sei ein Hamas-Kämpfer gewesen. Weitere Einzelheiten wurden zunächst nicht genannt (Reuters).

Bei einem **russischen Drohnenangriff** auf ein Lagerhaus in der Gegend von **Kiew** sind nach ukrainischen Angaben mindestens 27 Menschen ums Leben gekommen. Offenbar war in dem Gebäude Munition untergebracht. Durch den Angriff am späten Freitagabend im Bezirk Butscha sei eine Explosion ausgelöst worden, die erhebliche Schäden verursacht habe, etwa an Wohnhäusern und einem Pflegeheim, teilte Präsident Wolodymyr Selenskyj am Samstag auf der Online-Plattform X mit. Er wies darauf hin, dass Munition nicht in der Nähe von Wohngebieten gelagert werden dürfe. "Wer dies zugelassen hat, muss für seine Entscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden." Strafverfahren wegen des Verdachts auf Fahrlässigkeit im Amt seien eingeleitet worden (Reuters).

Die **Ukraine** hat bei nach eigenen Angaben bei nächtlichen Angriffen auf Ziele in Russland eine **Ölraffinerie** in der russischen Ostsee-Region **Leningrad** getroffen. Zudem sei ein **Luftwaffenstützpunkt** in der südrussischen Schwarzmeer-Region **Krasnodar** attackiert worden, teilt das ukrainische Militär mit (Reuters).

Russland bereitet nach eigenen Angaben **massive Angriffe** auf die **ukrainische Energie-Infrastruktur** vor. Dies sei eine Reaktion auf ukrainische Angriffe auf die zivile Infrastruktur und den Energiesektor in Russland, teilt das Verteidigungsministerium in Moskau mit. Zudem hätten die russischen Streitkräfte in der Nacht koordinierte Angriffe auf Einrichtungen der ukrainischen Rüstungsindustrie fortgesetzt (Reuters).

Die Aktivität in der **chinesischen Industrie** hat sich im August zwar leicht verbessert, ist aber den zweiten Monat in Folge geschrumpft. Der offizielle **Einkaufsmanagerindex** (PMI) für das verarbeitende Gewerbe stieg auf 49,8 Punkte von 49,2 Zählern im Juli, wie das nationale Statistikamt am Montag in Peking mitteilte. Damit blieb das Barometer weiterhin unter der Marke von 50 Punkten, die Wachstum von Schrumpfung trennt. Analysten hatten in einer Reuters-Umfrage im Schnitt lediglich mit einem Anstieg auf 49,6 Punkte gerechnet (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Vor der Aufsichtsratssitzung bei **Volkswagen** dringt **Niedersachsens Ministerpräsident** Olaf Lies auf eine **einvernehmliche Lösung zur Sanierung** von Europas größtem Autobauer. Das Land Niedersachsen habe als Anteilseigner Angebote und Vorschläge für solche Gespräche gemacht, sagte der SPD-Politiker am Freitagabend vor Journalisten. "Wir haben als Land eine klar kommunizierte Haltung und Position zu ganz wesentlichen Punkten im Sinne der Beschäftigten und der betroffenen Regionen", betonte er. Gleichzeitig wisse er aber um den dringenden Handlungsbedarf für das Unternehmen. "Ich bin überzeugt, dass es gelingen muss, hier eine gemeinsame, tragfähige Lösung zu finden." (Reuters).

Der chinesische Autobauer **BYD** verschärft nach Einschätzung von Branchenexperte Ferdinand Dudenhöffer den **Preiswettbewerb bei Plug-in-Hybriden in Deutschland**. "BYD übt dabei gleich doppelten Preisdruck aus. Einerseits durch niedrige Listenpreise und zum zweiten durch die höchsten Rabatte", schreibt Dudenhöffer in einer regelmäßigen Marktstudie des privaten "Center Automotive Research (CAR)" (dpa/AFX).

Industrie

Siemens-Konzernchef Roland Busch fordert die **EU** zu einem **höheren Tempo bei der Zulassung neuer KI-Technologien** auf. "Wir dürfen das Entwicklungstempo der KI-Technologie nicht durch Regulierung bremsen", sagte Busch der "Welt am Sonntag".

Öl & Gas

Die **USA** wollen ihren in den vergangenen Jahren wiederholt angezapften Notvorrat an Öl nach Angaben von Präsident Donald Trump mit **Öl aus Venezuela** wieder aufstocken. Trump kündigte am Sonntag per Social-Media-Beitrag an, dass

in Kürze damit begonnen werde, die sogenannte **strategische Ölreserve** aufzufüllen. Möglich werden soll das durch ein am Freitag von Trump vorgestelltes Abkommen mit Venezuela. Der Pakt soll die angeschlagene Ölindustrie Venezuelas wiederbeleben. Es ist allerdings unklar, wie schnell das Abkommen tatsächlich Öl für die Reserve liefern oder US-Autofahrern kurzfristig zugutekommen kann, bei denen gestiegene Benzinpreise für Unmut sorgen. Für eine deutliche Steigerung der Produktion sind zunächst erhebliche Investitionen und Arbeiten an der Infrastruktur in Venezuela erforderlich. Trump bezeichnet das Öl als ein Geschenk Venezuelas an das Volk der Vereinigten Staaten (Reuters).

Die **Ölförderung** in der Region **Kurdistan** im Irak wurde nach Angaben der Regierung wieder hochgefahren. Die Unternehmen hätten die Förderung wieder aufgenommen, die nach Drohnenangriffen während des Iran-Kriegs unterbrochen gewesen sei, erklärt der zuständige Minister Kamal Mohammed. Aktuell würden 220.000 bis 230.000 Barrel (1 Barrel = 159 Liter) pro Tag gefördert. Ein Sprecher des irakischen Ölministeriums sagt, die Ölexporte aus der Region zum türkischen Hafen Ceyhan hätten inzwischen ein Volumen von rund 150.000 Barrel pro Tag erreicht (Reuters).

Versicherungen

Der Münchner Versicherungsriese **Allianz** erwägt einem Medienbericht zufolge eine Übernahme des **britischen Pannenhilfsdienstes AA** für fünf Milliarden Pfund (etwa 5,8 Milliarden Euro). Der Münchner Konzern gehöre zu einem kleinen Kreis von Interessenten, die mit Beratern von AA entsprechende Gespräche führten, berichtete der Sender *Sky News* am Samstag unter Berufung auf Insider. Ein weiterer Bieter sei der Finanzinvestor **EQT**. Die beteiligten Unternehmen wollten sich nicht dazu äußern.

Versorger

Deutschland hat nach einer Analyse des Vergleichsportals Verivox in der G20-Gruppe führender Industrie- und Schwellenländer die **höchsten Strompreise**. Unter den G20-Staaten sei Strom in Deutschland mit 35,6 Cent je Kilowattstunde am teuersten, zeigt eine Preisanalyse von Verivox auf Basis von Daten des Energiedienstes Global Petrol Prices (dpa/AFX).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

